

Der Anlass

Der Entwurf für die Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV-E) stellt einen weiteren Versuch der Grundsteinlegung für den Aufbau einer Zensurinfrastruktur dar. Er beweist das absolut mangelnde Verständnis der Verantwortlichen gegenüber dem Medium Internet. Bereits am 24. Februar 2010 soll der Vertrag der Rundfunkkommission vorgelegt werden, um am 25. März 2010 bei der Konferenz der Regierungschefs der Länder abgesegnet zu werden. Die Piratenpartei und deren Jugendverband **Junge Piraten** (JuPis) lehnen diesen ohne öffentliche Diskussion zustande gekommenen Änderungsentwurf entschieden ab.

Der geplante Inhalt des neuen Vertrages

Die Unterscheidung zwischen Zugangs- und Inhaltenanbietern wird aufgehoben. Auch **Provider sollen künftig für Inhalte mitverantwortlich gemacht werden.**

Internet-Provider werden verpflichtet, alle "jugendgefährdenden" oder "entwicklungsbeeinträchtigenden" **Inhalte zu sperren**, was den Aufbau einer **Zensurinfrastruktur** faktisch notwendig macht.

Webseitenbetreiber sollen "freiwillig" Ihre Inhalte in Altersklassen kategorisieren (ab 0, 6, 12, 16 oder 18 Jahre), um so sicherzustellen, dass Kinder **nicht an Inhalte der falschen Altersklassen herankommen.**

Nicht gekennzeichnete Seiten fallen automatisch in die Kategorie „ab 18 Jahre“. Dies öffnet nebenbei Tür und Tor für **Massenabmahnungen.**

Alternativ zur Alterskennzeichnung sollen **feste „Sendezeiten“ für Websites** eingeführt werden, beispielsweise von 22 bis 6 Uhr für Inhalte ab 16.

Wie kann ich mehr erfahren?

Informieren Sie sich im Internet unter:

wiki.piratenpartei.de/jmstv

oder besuchen Sie uns. In vielen Städten gibt es regelmäßige Stammtische, zu denen jeder Interessent herzlich eingeladen ist. Termine und Treffpunkte werden im Internet bekannt gegeben.

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**



Für freie Bildung:

Denn die Chance auf Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.



Für freies Wissen:

Denn freier Zugang zu Wissen fördert den wissenschaftlichen Fortschritt.



Für mehr Mitbestimmung:

Denn der Bürger muss öfter als nur alle vier Jahre gehört werden.



Für mehr Datenschutz:

Denn Staat und Wirtschaft haben kein Recht auf willkürliche Verwendung persönlicher Daten.



Für Transparenz im Staat:

Denn Lobbyismus schadet dem Allgemeinwohl.



Für Privatsphäre:

Denn eine freie Gesellschaft funktioniert nur ohne totale Überwachung.



Für mehr Verbraucherschutz:

Denn selbstbestimmte Verbraucher benötigen faire Rahmenbedingungen.

GEPLANT SIND IM NEUEN JUGENDMEDIENSCHUTZ STAATSVERTRAG



WIR WOLLEN KEINE ZENSUR!

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

piratenpartei.de

ViSDP: Piratenpartei Deutschland - Pflugstraße 9a - 10115 Berlin



Unsere Kritik

Folgende gravierende Mängel besitzt der Entwurf:

Provider sollen künftig für Inhalte mitverantwortlich gemacht werden. *Dies wäre so, als würde ein Autoverkäufer für Geschwindigkeitsübertretungen haftbar gemacht werden, die die Käufer der Wagen damit begehen.*

Internet-Provider werden verpflichtet, alle "jugendgefährdenden" oder "entwicklungsbeeinträchtigenden" **Inhalte zu sperren.** *Eine ähnliche Zensurinfrastruktur für Printmedien würde bedeuten, dass Druckereien jede Zeitung und jedes Buch zensurieren müssten, bevor es gedruckt und ausgeliefert wird.*

Webseitenbetreiber müssen ihre Inhalte in Altersklassen kategorisieren, **um so sicherzustellen, dass Kinder nicht an Inhalte der falschen Altersklassen herankommen.** Nicht gekennzeichnete Seiten fallen automatisch in die Kategorie „ab 18 Jahre“. *Dies wird unweigerlich zu einer Abmahnflut ohne gleichen führen, von der am Ende nur Anwälte profitieren, aber mit Sicherheit keine Kinder!*

Alternativ zur Alterskennzeichnung sollen feste „Abfragezeiträume“ für Websites eingeführt werden, beispielsweise nur von 22 bis 6 Uhr für Inhalte ab 16. *Hier wird versucht, ein vollkommen veraltetes Modell aus der Rundfunkzeit auf das Internet zu übertragen. Im Internet ist immer irgendwo 24 Uhr! Selbst innerhalb Europas gibt es drei Zeit-zonen.*

Das Problem, dass DVDs auf dem heimischen DVD-Spieler nicht laufen, kennen die meisten. Müssen wir in Zukunft nicht nur chinesische DVD-Player kaufen, sondern auch über China das Internet nutzen?

Abgesehen davon hat der Vertragsentwurf an mehreren Stellen deutliche Schwächen:

Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen ist technisch nahezu unmöglich, selbst Staaten wie China schaffen es nicht, freie Meinungsäußerungen im Internet komplett zu unterbinden. Jedes Blog, jede Video-Community, jede einzelne Webseite muss überwacht werden.

Es gibt **keine eindeutigen wissenschaftlichen Studien, die belegen könnten,** dass das Betrachten von Inhalten entwicklungs-schädigend ist. Ganz im Gegenteil werden immer wieder „Weisheiten“ älterer Generationen widerlegt.

Es ist **unmöglich, deutsche Gesetze einer globalisierten Welt überzustülpen.** Die Forderung, den Zugang zu ausländischen Seiten, die sich nicht an deutsche Gesetze halten, von Deutschland aus zu sperren, käme einer Abtrennung Deutschlands vom Internet gleich.

Die Verantwortung für die Erziehung von Kindern liegt vor allem in der Hand der Eltern. Wir fordern, die Medienkompetenz der Eltern zu fördern, damit diese eigenverantwortlich entscheiden können, was ihre Kinder im Internet sehen und was nicht. Jugendschutz im Internet fängt zu Hause an und darf nicht in die Hände von Menschen gegeben werden, die nicht wissen, was sie hier eigentlich regulieren wollen.

Es besteht außerdem die Gefahr, dass die unter dem Deckmantel des Jugendschutzes geschaffene Infrastruktur genutzt wird, um andere missliebige Inhalte zu blockieren. Es gibt bereits zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern, in denen auch politische Inhalte zensiert werden.

Die Alternativen

Ein sinnvoller Jugendschutz kann nur durch **Aufklärung und entsprechende Medienkompetenz bei Eltern und Lehrern stattfinden,** die ihren Kindern dadurch kompetent zur Seite stehen können. Eltern müssen in der Lage sein bzw. befähigt werden, den individuellen Entwicklungsstand eines Kindes beurteilen zu können und damit entscheiden zu können, wo die Grenzen der Kinder beim Umgang mit neuen Medien sind. Dies lässt sich über Weiterbildungsangebote verwirklichen.

Mit dem geplanten Jugendmedienschutz-Staatsvertrags soll das umgesetzt werden, was mit dem Stopp-Schilder-Gesetz begann: Der Aufbau einer Zensurinfrastruktur für das Internet. Der Entwurf beweist auf tragische Weise das absolut mangelnde Verständnis der Verantwortlichen gegenüber dem Medium Internet. Am 24. Februar 2010 soll der Vertrag der Rundfunkkommission vorgelegt, und am 25. März 2010 bei der Konferenz der Regierungschefs der Länder absegnet werden.

Die Piratenpartei und deren Jugendverband Junge Piraten (JuPis) lehnen diesen ohne öffentliche Diskussion zustande gekommenen Änderungsentwurf entschieden ab.

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**